

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Rudolf Schmidt, Dresden  
Königsplatz 10  
Telefon 1001

Verantwortlich: Rudolf Schmidt, Dresden  
Königsplatz 10  
Telefon 1001

Druck: Rudolf Schmidt & Co., Dresden  
Königsplatz 10  
Telefon 1001

## Ernstste Lage an der polnischen Grenze

### London und Washington warnen Polen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. April. Gerade in den letzten Tagen mehren sich in Berliner politischen Kreisen die Stimmen, die von ernsthaften politischen Angriffen auf Österreich und Danzig wissen wollen. Auffälligerweise kommen auch von amerikanischen und sogar von französischen Seite solche vertrauliche Darstellungen. Unter diesem Gesichtspunkt sind auch die Informationen anzusehen, die von der „Korrespondenz des Daily“ gebracht werden. Dieser Korrespondenz ist von amerikanischer Seite ausführliches über die polnischen Angriffspläne mitgeteilt worden.

Die polnische Regierung habe in den letzten drei Monaten große Vorbereitungen bei der französischen und tschechischen Grenzindustrie gemacht.

Indeß die Regierung hätte einwandfrei festgestellt, daß dieses Kriegsmaterial bis Mitte des kommenden Sommers nach Warschau geliefert werde. Ferner habe das polnische Kriegsministerium in Amerika 8000 Soldaten für sofortige Beförderung gegen Bar bestellt. Polnische Regimenter aus der Ukraine seien in den letzten Wochen an der deutschen Grenze konzentriert worden. Von einem ausländischen Militärattaché sei das polnische Heer als schon zu drei Vierteln mobil bezeichnet worden. London und Washington seien über die kriegerische Stimmung gut unterrichtet. Sie hätten alles getan, um Polen von der Durchführung seines Planes abzuhalten. Dagegen sei Frankreich völlig abgesehen. In ameri-

kanischen Kreisen sei man wegen der in Polen und Deutschland investierten Kredite außerordentlich beunruhigt.

Senator Borah habe dem polnischen Botschafter in Washington erklärt, Amerika würde einen Krieg zwischen Polen und Deutschland als einen polnischen Eroberungskrieg ansehen und mißbilligen.

Polen könnte mit keinerlei Unterstützung der amerikanischen Finanz- und Wirtschaft rechnen. Nebenbei habe sich auch die englische Diplomatie ausgesprochen. Andererseits luche Polen an Japan eine Rückendeckung. Nach Ansicht ausländischer Diplomaten in Warschau seien die japanisch-polnischen Beziehungen bis zu einem Bündnis gediehen.

### Schulze Meyer wird vor das Kriegsgesicht gestellt

Wesel, 23. April. Die Untersuchung gegen den in Wesel verhafteten Reichsdeutschen Bäckers und Schulze Meyer wird dieser Tage zum Abschluß gebracht werden. Wie von der zuständigen Gerichtsbehörde auf Anfrage mitgeteilt wird, besteht kein Zweifel mehr darüber, daß die betriebl. Verhältnisse vor das Kriegsgesicht gestellt werden. Beide werden der Spionage angeklagt. Deutschland's Schuldigen. Sie werden sich wegen Verstoßes gegen § 106 des in Urtagen nach geltenden alten ruffischen Strafgesetzbuches zu verantworten haben.

## Erbitterter Wahlkampf in Berlin

### Kommunistischer Terror gegen Reich

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. April. Der Wahlkampf in Preußen erreicht heute mit der Kundgebung des preussischen Ministerpräsidenten Braun seinen Höhepunkt. Braun hat alle preussischen Bänder gewonnen, seine Wahlsiege, die am Sonnabend nach Vorbisber, wie sie die Reichsregierung gegeben hat, vor sich geben wird, zu übertragen. Besonders viel verspricht man sich von dieser Rede deshalb, weil eine Erwiderung nur in den Sonntag morgen eintreffen kann. Es ist dieselbe Methode, die seinerzeit im Reichspräsidentenwahlkampf angewandt wurde.

Die Reichshauptstadt steht schon seit einigen Tagen völlig im Zeichen des Wahlkampfes. Seit dem 14. Geburtstag des Kaisers, der vor einigen Tagen gefeiert wurde, haben alle Nationalsozialisten, Sozialisten, Arbeiter und ihre Anhänger herausgehängt. So steht man jetzt in Berlin sehr viele Hütchen auf. Auch die Sozialdemokraten und die Kommunisten geben die Parole aus, Fahnen herauszuhängen, ebenso die Deutschnationalen. Hier und da ist infolgedessen eine rote Fahne, auf der der Wahlkampf über Bevering oder der Kommunisten aufgeführt wird, zu sehen.

Schwarzweitere und nationalsozialistische Fahnen hängen aber auch wie vor in der weit überwiegenden Mehrzahl. Das hat es insbesondere den Sozialdemokraten und den Kommunisten angeht.

Die Kommunisten rufen in den stillen Stadtteilen so genannte Volkswachen auf, das heißt, es sollen Gruppen von kommunistischen Parteimitgliedern von Straße zu Straße, um mit Rufen die Parteiflaggen einzulagern und herunterzureißen. Verschiedentlich gelang ihnen dies, aber es kam fast überall zu schweren Zusammenstößen zwischen den Fahnenhütern und den kommunistischen Freischützern. Darüber hinaus drangen die Kommunisten sogar teilweise unmittelbar in die Wohnungen von Deutschen ein, die Schwarzweitere oder Parteiflaggen in herausgehängt hatten. So erdrachten gegen Mitternacht in einem hübschen Berliner Viertel zwei junge Frauen die Wohnung eines Mitgliedes der Deutschnationalen Volkspartei und den Wohnungsinhaber mit vorgeschlagenem Revolver, seine Fahne einzulegen.

Dann wollten sie flüchten. Es gelang aber, die Täter zu stellen. Der eine von ihnen wurde als 19jähriger Kommunist identifiziert, der wegen verschiedener Gewalttaten bereits schwer verurteilt ist.

Bei der gestrigen sozialdemokratischen Veranstaltung im Lustgarten, bei der der preussische Ministerpräsident Braun und der Sozialdemokrat Dretschoid sprachen, wurde zwar nicht das Deutschlandlied gesungen, doch dafür schloß der Rundgebung natürlich mit der Internationale. Während der Rundgebung trafen Parteimitglieder über dem Lustgarten. Die Sozialdemokraten schrien gegen die Fahnen an, so daß sich keine Fahnen aufhängen konnten. Der Leiter der sozialdemokratischen Rundgebung gelang es dann schließlich, die beiden Parteimitglieder abzuführen.

Seit Sonnabendmorgen befindet sich die Polizei in Berlin und überhört die preussische Polizei im hiesigen Bezirk.

Nicht nur die uniformierten Beamten, auch die politische Polizei und die Kriminalpolizei sind für das Wahlkampfwochenende zum Dauerdienst herangezogen worden. Man hat

außerordentlich scharfe Maßnahmen vorgeesehen, um Ruhe und Ordnung zu sichern. In der vergangenen Nacht wurden insgesamt 200 Personen festgenommen, die beim Platen und Lieben sowie beim Abreißen von Plakaten auf trischer Lat ertappt wurden.

### Stachlkräuter in München - 35 Verletzte

München, 23. April. Die „Eiserne Front“ hätte am Freitag drei öffentliche Wahlversammlungen einberufen, für die der Berliner Parteipräsident Grzesinski als Hauptredner angekündigt war. Während die Versammlung im Wagneraal ohne Störungen durchgeführt wurde, kam es im Odeontheater vor dem Ginzerturm des Hauptredners zu einer schweren Schlägerei, die durch Zwischeneingriffe ausgelöst wurde. Eine Anzahl Versammlungsbesucher wurde hierbei besonders durch Dr. Grzesinski von Biergläsern von der durch die Angehörigen der „Eiserne Front“ besetzten Galerie erbeutet verletzt. Auch im Odeontheater, in dem Parteipräsident Grzesinski anschließend sprach, kam es während des Referats zum rühmlichen Teil des Saales zu einer schweren Schlägerei, wobei mit Biergläsern, Stühlen, Stühlen usw. geschlagen wurde. Von den zahlreichen Verletzten wurden 35 Personen in Krankenhäusern eingeliefert. Bei einem Verletzten besteht Lebensgefahr. 37 Verletzte wurden verhaftet.

### Steinwürfe auf die Polizei

Duisburg-Essen, 23. April. Am Schluß einer von Kommunisten in Duisburg gesteuerten Demonstration griff ein Redner die Polizei in beleidigender Form an. Als daraufhin einige Beamte zur Zwangsabstellung des Redners schritten, versuchte eine größere Menge das zu verhindern, indem sie gegen die Beamten eine drohende Haltung an und bewarf sie schließlich mit Steinen. Die Beamten haben sich genötigt, vom Sammelplatz und von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Hierbei erlitten zwei der Angreifer Schußverletzungen. Sie wurden dem Krankenhaus zugeführt werden.

### Krauseff und Dr. Stier freigesprochen

Berlin, 23. April. Nach mehr als fünfjähriger Verhandlung sprach heute das erweiterte Schöffengericht den Kaufmann Krauseff und den Rechtsanwalt Dr. Stier, Dresden, frei. Beide waren angeklagt, durch betrügerische Zahlungen den Zusammenbruch der Reichsbank herbeigeführt zu haben.

In der Begründung

des Freispruchs ging der Vorsitzende davon aus, daß bei dieser Verhandlung nur die Frage kritisch gewesen sei, ob Krauseff an dem Zusammenbruch der Reichsbank ganz oder teilweise schuldhaft beteiligt sei, oder nicht, ob Krauseff ganz oder teilweise durch Betrug bekommen hat. So interessant es an sich wäre, dieser Frage nachzugehen, oder haben es sich nur um das Resultat der Verhandlung, dessen Prüfung außerordentlich schwierig war, da die Vorgänge sieben Jahre zurückliegen. Ein großer Teil der wichtigsten Zeugen sei im Laufe dieser Jahre verstorben, andere seien nicht zu ermitteln gewesen. Der Vorsitzende meinte, es würde viel besser, daß solche Verurteilungen Krauseff's vorlägen. Die Zustände in der Reichsbank seien unklar geblieben.

### Ausblick

Aus den Werten, die der Wahlkampf in der vergangenen Woche rings um uns geschlagen hat, ist auch in dem Sechsten des Reiches, das heute nicht wählt, klar geworden, daß die Länderwahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt an politischer Bedeutung die Wahlen im Reich nicht übertreffen. Sagen liegt wie eine Insel inmitten Deutschlands, die von Wogen eines Kampfes umspült wird, der aber die Zukunft bestimmt; nach dem Mißerfolg des Volkstums hängt es von den deutschen Reichstagen ab, ob der Kurs des Niederganges hoffnungslos weitergeführt wird oder ob eine neue Führung das Ruder zum Rettungsverfuch aus nationalem Willen herumreißen darf.

Die Entscheidung steht auf des Messers Schneide. Für das Reich wie für die Länder im einzelnen hängt alles davon ab, ob Preußen ein Wahlergebnis liefert, das die Rechte befähigt, eine nationale Regierung ohne das Zentrum zu bilden. Anders ausgedrückt: ob es gelingt, die Front von Hitler bis Dingeldey die 115 Millionen Stimmen heranzubringen, die notwendig sind, um die Weimarer Koalition mit absoluter Mehrheit zu entthronen. Wenn das nicht gelänge oder wenn die Gruppen der Reichstagsparteien nicht handfest genug wären, um ihre im Wahlkampf eifrig betonte Gegnerschaft gegen die schwarz-rote Herrschaft auch in die Tat umzusetzen, wenn also das Zentrum ausschlaggebend in die Verhandlungen eingeschaltet würde, die in der nächsten Woche in Pland kommen, dann wäre mit Sicherheit eine Lösung zu erwarten, die das Regime im Reich, d. h. die Zentrumsdiktatur unter irgendeiner mehrmalen Form, auf Preußen, vielleicht auch auf Bayern und andere Reichsteile, ausdehnt. Das wäre ein neuer Versuch, in einer Zeit schwerster außenpolitischer Entscheidungen dem Volkswillen zu trotzen, mit so starken Belastungen im Innern, daß ihm kein guter Ausgang vorausgesetzt werden könnte.

Ohne von der Hoffnung auf die nationale Lösung das geringste aufzugeben, müssen wir, die wir in diesen Tagen abseits vom Brennpunkt der Parteileidenschaften stehen, in Ruhe überlegen, welche Folgen das Ausbleiben einer handfesten Entscheidung in Preußen hätte. Während des Wahlkampfes konnte man beobachten, daß das Zentrum weniger darauf ankam, was in Preußen geschähe, als darauf, daß von dort aus nicht über den Reichstag der Brückenkurs im Reich geführt wird. Auf dessen Sicherung würde es, wenn es irgendwie in den preussischen Verhandlungen mitsprechen kann, unter Zurückstellung aller anderen Rücksichten hinarbeiten. Den Plan der Herren Braun und Bevering, beim Fehlen einer absoluten Reichsmehrheit ein Zentrum kaum mitmachen. Es will Preußen neutralisieren. Entweder unter einem Geschäftskabinet mit Zentrumsführung und möglichst weiter Ausdehnung nach rechts, das die Sozialdemokraten ebenso wie das Reichskabinet tolerieren sollen, um die Nationalsozialisten vom Reich fernzuhalten. Oder, wenn sich einem solchen Plan unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, durch Einlegung eines Reichskommissars fertig sein müßte.

Man braucht diese Möglichkeiten nur kurz zu überdenken, um zu verstehen, wie wichtig es ist, daß die preussischen Wähler durch eine klare Option für rechts diese Pläne vereiteln. Denn die nächste Forderung wäre, daß auch die dringend notwendigen Änderungen in der Reichsführung unterbleiben, daß man im Rahmen des Volkess im allgemeinen trotz, vom heimlich mitgetragenen Marxismus bei jedem Schritt gedemmt, den Weg der Ungleichheiten weiterginge, der unvermeidlich zum Chaos führen müßte, an dessen Herbeiführung man der Reichstagen um so eifriger die Schuld zuschiebt, je hartnäckiger sie vom Einfluss auf die Staatsgeschäfte ferngehalten wird. Wenn man wenigstens in der Reichspolitik eine Initiative läßt, die zum Vertrauen und zum Ausschauen ermüdet, aber nichts dergleichen. Man stellt, wie sich der Reichskanzler und Außenminister, nachdem er wochenlang einseitig in die Parteipolitik verstrickt war, jetzt maßgebend ebenfalls einseitig seine Lösung der Teufelsfrage vor. Im Vordergrund steht dabei immer noch das Wort vom Kompromißgefahren über die Abstützung, und Demagogie. Es ist nicht leicht, in dieser Hinsicht eine andere Meinung über die Erfolgsaussichten der führenden Staatsmänner zu äußern, denn ihr System ist in diesen Tagen besonders empfindlich und mit der Diesseitsveränderung besonders zur Hand. Aber soviel darf doch wohl gesagt werden, daß die bisherige Außenpolitik keine Hoffnungen erregt, und daß man sich wenigstens von der Sozialdemokratie her die Möglichkeit der Reichsführung von der Sozialdemokratie her, und solange das Reich die außenpolitisch widerstandsfähigen nationalen Kräfte des Volkes mit einem Aker verfolgt, dessen Härte man den äußeren Gegnern gegenüber vermischt.

Die Gefahr des außenpolitischen Versagens beim Rückgang dieser nationalen Kräfte ist um so größer, als die Entscheidungen, von Frankreich richtig gemacht, in